

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Finanzausschusses Röbel/Müritz

Sitzungstermin:	Donnerstag, 09.09.2010
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal, Marktplatz 1, 17207 Röbel/Müritz

Anwesende:

Herr Torsten Hagen - Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jörg Oldenburg - CDU
Herr Tino Ollenburger - SPD
Herr Jörg Puzicha - Bürger für Röbel - freie Wählergruppe
Frau Elke Schoenfelder - DIE LINKE
Herr Gerhard Schwemer - CDU
Herr Steffen Westerkamp - SPD

Abwesende:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 03.06.2010
- 6 Beschlussvorlagen - öffentlich
 - 6.1 Gründung Wohnungsdienstleistungsgesellschaft mbH Röbel (WDG Röbel)
Vorlage: 25-2010-025
 - 6.2 Vergabe einer Straßenbezeichnung für den Platz am Hafen
Vorlage: 25-2010-030

- 6.3 Antrag auf Übernahme der Schulträgerschaft für die Kooperative Gesamtschule Röbel/Müritz gemäß § 104 Schulgesetz M-V mit Beginn des Schuljahres 2013/2014
Vorlage: 25-2010-031
- 6.4 Bestätigung überplanmäßiger Ausgaben
Vorlage: 25-2010-037
- 7 Sonstiges
- 8 Schließen der Sitzung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Westerkamp begrüßt die Ausschusssmitglieder und die Vertreter der Presse und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Westerkamp stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Guth stellt den Antrag die Beschlussvorlage 25-2010-037 unter Punkt 6.4 in die Tagesordnung aufzunehmen. Im Punkt 7 würde sie gern zu einer neuen Baumaßnahme informieren.

Die Tagesordnung wird mit den Ergänzungen bestätigt.

zu 4 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

zu 5 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 03.06.2010

Das Protokoll wird bestätigt.

zu 6.1 Gründung Wohnungsdienstleistungsgesellschaft mbH Röbel (WDG Röbel)
Vorlage: 25-2010-025

Beschlussvorschlag: Die Stadtvertretung der Stadt Röbel/Müritz als 100 %-ige Gesellschafterin der Wohnungsbaugesellschaft mbH Röbel beschließt, die Wohnungsdienstleistungsgesellschaft mbH Röbel als 100 %-ige Tochter der Wohnungsbaugesellschaft mbH Röbel zu gründen und durch einen Ausgliederungsplan den Teilbetrieb der Dienstleistungstätigkeit auf die Wohnungsdienstleistungsgesellschaft mbH Röbel zu übertragen. Der anliegende Gesellschaftervertrag ist durch die Gesellschafterin zu beurkunden.

Herr Westerkamp bringt die Vorlage ein und erläutert das Anliegen der Beschlussvorlage. Der Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft hat sich ausführlich mit dieser Problematik beschäftigt und der Gründung einer neuen Gesellschaft zugestimmt.

Frau Schoenfelder fragt nach, ob die touristische Betätigung bewusst in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen wurde. Herr Westerkamp antwortet, dass man damit Möglichkeiten schaffen will für Veränderungen, z. B. für die Touristinformation oder das Haus des Gastes. Frau Guth schränkt ein, dass es noch keine konkreten Vorstellungen dazu gibt. Inwieweit die beabsichtigte neue Gesellschaft in touristische Aufgaben der Stadt einsteigt, muss noch ausführlich beraten werden. Es wird hier nur eine Möglichkeit geschaffen.

Herr Oldenburg äußert sein Unverständnis darüber, dass es hier um die Einsparung von Gewerbesteuern gehen soll. Die Stadt schreit doch nach Steuern und will sie in ihrer eigenen Gesellschaft umgehen. Um Geld zu sparen, sollte lieber über einen Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband nachgedacht werden. Es muss schon Kurabgabe gezahlt werden und nun soll auch noch die Fremdenverkehrsabgabe eingeführt werden. Nach Auffassung von Herrn Oldenburg ist das nicht der richtige Weg. Frau Guth antwortet, dass jeder Unternehmer im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten alles unternimmt, um Steuern zu sparen. Herr Westerkamp verweist darauf, dass wir die Mittel aus der Kurabgabe und einer eventuellen Fremdenverkehrsabgabe auch dringend brauchen, um den Tourismus in unserer Stadt weiterzuentwickeln.

Herr Ollenburger sieht den im Sachverhalt angegebenen Gewinn als sehr hoch an. So war er bisher in den Unterlagen nicht angegeben. Im Gesellschaftsvertrag müssen die Aufgaben konkret bestimmt werden. Für ihn ist das ein Schnellschuss. Herr Westerkamp entgegnet, dass sich der Aufsichtsrat schon länger mit dieser Problematik beschäftigt hat. Das Mitspracherecht der Stadt als Gesellschafter ist jederzeit gesichert.

Auch Herr Oldenburg hat den Eindruck, dass der Gewinn in dieser Höhe bisher nicht in den Unterlagen zu erkennen war. Der Wirtschaftsplan war für ihn immer fast undurchschaubar. Herr Schwemer bemerkt, dass für 2 Gesellschaften auch 2 Geschäftsführer benötigt und dann wahrscheinlich auch 2 mal Geld gezahlt werden müsse. Herr Westerkamp erklärt, dass jetzt im Gesellschaftervertrag erstmalig Grenzen für den Geschäftsführer festgelegt wurden. Herr Schwemer ist der Auffassung, dass die Gewinnausschüttung an die Stadt erhöht werden und nicht das Geld für eine 2. Gesellschaft ausgegeben werden soll. Frau Guth informiert, dass die Gewerbesteuer zwar eine Einnahme der Stadt ist, aber über 60 % davon gehen der Stadt verloren, weil sie zur Berechnung der Kreis- und Amtsumlage herangezogen wird und eine Gewerbesteuerumlage gezahlt werden muss.

Für Herrn Ollenburger sind zu viele Fragen offen. Die Frage nach dem Personal beantwortet Herr Westerkamp damit, dass das Personal von der Wohnungsbaugesellschaft übernommen werden soll.

Frau Schoenfelder ist auch der Auffassung, dass die Neugründung der Gesellschaft besser begründet werden sollte.

Herr Oldenburg erwartet eine Auflistung wie viele Zuschüsse an die Stadt es bisher gegeben hat und wie viele in Zukunft zu erwarten sind.

Frau Guth informiert über ein Schreiben der Kommunalaufsicht, dass keine rechtlichen Bedenken bestehen.

Die Finanzausschussmitglieder erwarten, dass die Vorlage im Hauptausschuss näher erläutert wird und weitere konkrete Festlegungen getroffen werden. Der Geschäftsführer sollte im Hauptausschuss Stellung nehmen.

Abstimmungsergebnis: zur Weiterleitung unter den genannten Bedingungen

4 Stimmen dafür

2 Stimmen dagegen

1 Enthaltung

zu 6.2 Vergabe einer Straßenbezeichnung für den Platz am Hafen
Vorlage: 25-2010-030

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung der Stadt Röbel/Müritz beschließt, für den Platz am Hafen die Straßenbezeichnung „Am Hafen“ zu vergeben.

Herr Westerkamp bringt die Vorlage ein. Weitere Erläuterungen sind nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 6.3 Antrag auf Übernahme der Schulträgerschaft für die Kooperative Gesamtschule Röbel/Müritz gemäß § 104 Schulgesetz M-V mit Beginn des Schuljahres 2013/2014
Vorlage: 25-2010-031

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt zur Erhaltung der gymnasialen Bildung am Standort Röbel/Müritz den Antrag auf Übernahme der Schulträgerschaft für die Kooperative Gesamtschule Röbel/Müritz gemäß § 104 (3) Schulgesetz M-V mit Schuljahr 2013/2014 zu stellen.

Der Bürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, auf der Grundlage des sich in der Anlage 1 befindlichen Entwurfes einer Verwaltungsvereinbarung zur Übertragung der Schulträgerschaft die Verhandlungen mit der Landrätin zu führen und die Vereinbarung abzuschließen.

Über Vereinbarungen mit den Gemeinden des Schuleinzugsbereiches der Kooperativen Gesamtschule oder in anderer geeigneter Weise muss dafür Sorge getragen werden, dass sich diese Gemeinden an der Finanzierung der Kooperativen Gesamtschule in Anlehnung an den Schulkostenbeitrag zuverlässig und nachhaltig beteiligen.

Herr Westerkamp bringt die Vorlage ein und bittet Herrn Markner um weitere Erläuterungen. Die Kooperative Gesamtschule, die zur Erhaltung der gymnasialen Bildung in Röbel

entstehen soll, gehört eigentlich in die Trägerschaft des Landkreises. Der hat aber kein Interesse daran und möchte das Malchower Modell anwenden. Wenn die Stadt die Trägerschaft übernimmt, ist sie auch für die Finanzierung verantwortlich. Es gibt keine gesetzliche Grundlage für die Verteilung der Kosten.

Die Gemeinden müssten den Schullastenausgleich freiwillig weiter zahlen. Daraus würden den Gemeinden für die Regionalschüler keine Veränderungen entstehen, aber sie müssen dazu einen Beschluss fassen und eine Vereinbarung mit der Stadt abschließen.

Das Gymnasium wird jetzt über den Landkreis finanziert. Der Landkreis hat sich bereit erklärt die eingesparten Schülerbeförderungskosten als Zuschuss für die Gymnasialschüler zu zahlen. Das deckt aus jetziger Sicht nicht alle Kosten des gymnasialen Teils. Das Defizit wird voraussichtlich mindestens 15 T€ betragen. Es gibt noch sehr viele unbekannte Größen. Aber es sind sicher nicht mehr als 100 € die von den Gemeinden und der Stadt pro Gymnasialschüler selbst getragen werden müssen.

Wenn wir den Standort in Röbel erhalten wollen, gibt es keine Alternative zur Kooperativen Gesamtschule (KGS) in Trägerschaft der Stadt.

Die Einzugsbereiche der KGS im Landkreis würden dann auf Malchow und Röbel aufgeteilt werden.

Das Schulgebäude auf dem Gildekamp geht an die Stadt zurück. Herr Markner wird alles versuchen, dass das kostenlos geschieht. Es würde dann als Grundschule genutzt werden.

Die KGS nutzt die Räumlichkeiten am Gotthunskamp und in der Bahnhofstraße.

Herr Schwemer fragt nach dem Zustand des Gymnasiums. Herr Markner antwortet, dass dieses Jahr Fenster erneuert werden. Der Landkreis hat schon etwas am Gebäude gemacht. Herr Hagen möchte wissen, ob das Gebäude nicht zu groß für die Grundschule ist.

Leerstand wäre nicht gut. Herr Markner sagt, dass das Gebäude nicht ganz ausgelastet wird, aber es gibt die Möglichkeit den Hort einzuordnen oder eventuell auch die Förderschule.

Die Veränderung der Schulstruktur wird Geld kosten. Die Bahnhofstraße soll in die KGS einbezogen werden. Dafür müssen z. B. Fachkabinette umgelagert oder neu errichtet werden. Herr Westerkamp bestätigt, dass nach den neuen Fenstern ein ganz guter Renovierungsstand im Gymnasium nachgewiesen werden kann. Für die Einordnung der KGS am Standort Gildekamp reichen die Räume nicht aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

zu 6.4 Bestätigung überplanmäßiger Ausgaben
Vorlage: 25-2010-037

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung Röbel/Müritz beschließt überplanmäßige Ausgaben von 22.400 € für die Baumaßnahme „Neubau des Parkplatzes am Hafen“.

Die Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben wird wie folgt abgesichert:

1. Höhere Förderung vom Land	18.285 €
2. Mehreinnahmen aus Verkaufserlösen	4.115 €

Herr Westerkamp bringt die Vorlage ein. Frau Guth gibt kurze Erläuterungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

zu 7 Sonstiges

Herr Puzicha informiert darüber, dass es nach Aussage von Frau Beyer viele

Urlauberproteste zur Schließung der Bibliothek für 1 Woche in der Saison gegeben hat. Herr Markner erklärt, dass dies eine Ausnahme gewesen ist, im nächsten Jahr fallen die Personalausgaben für Frau Seefeldt weg. Dann ist wieder mehr finanzieller Spielraum da. Herr Hagen hat Beschwerden von Urlaubern wegen der Schließung des Strandbades um 14.00 Uhr in der Saison mitbekommen. Herr Westerkamp sagt, dass dies kein Einzelfall ist. Sobald eine dunkle Wolke am Himmel zu sehen ist, wird das Personal abgezogen. Das kann nicht sein. Es muss permanent jemand da sein. Das muss der FUN GmbH klar gemacht werden. Herr Markner ergänzt, dass ohne Bademeister das Strandbad nicht geöffnet werden kann. Das hat versicherungstechnische Gründe.

Herr Schwemer möchte wissen, ob es stimmt, dass der Rasentraktor vom Sportplatz gestohlen wurde. Herr Markner bestätigt das. Der Diebstahl erfolgte mitten am Tag, nur der Schlüssel ist noch da. Bis jetzt ist er auch noch nicht wieder aufgetaucht.

Frau Guth informiert, wie bereits angesprochen, über eine neu geplante Baumaßnahme. Die Vorlage dafür ist leider noch nicht fertig. Der Planer hat erst heute eine grobe Kostenschätzung vorgelegt. Die Anordnung der Parkplätze wird noch mit der Wohnungsbaugesellschaft abgestimmt. Die Durchführung dieser Maßnahme wird auch durch die Wohnungsbaugesellschaft befürwortet. Das Vorhaben erstreckt sich über den Teil der Clara-Zetkin-Straße, der an die Juri-Gagarin-Straße anschließt. Dann wäre der Ring von der Schulstraße über die Juri-Gagarin- und die Clara-Zetkin-Straße an die Schulstraße geschlossen. Die Straße ist in einem vollkommen desolaten Zustand. Die Kosten sollen ca. 70 T€ betragen, voraussichtlich 25 T€ würden über Beiträge eingenommen werden. Zur Finanzierung können zusätzliche Verkaufserlöse eingesetzt werden.

Es gibt Zustimmung seitens der Mitglieder des Finanzausschusses zu diesem Vorhaben.

Die Beschlussvorlage wird in den Hauptausschuss eingebracht werden.

Herr Markner erinnert daran, dass noch eine Vorlage den Finanzausschuss berührt und zwar der geplante Abriss des Gebäudes der ehemaligen Gasanstalt. Frau Guth hat diese Vorlage nicht als Tischvorlage erhalten.

Herr Markner hat die Vorlage da und Frau Guth erhält die Zustimmung den Inhalt der Beschlussvorlage vorzutragen. Die Finanzierung erfolgt über die Städtebauförderung. Es geht darum, die durch den geplanten Bau der AWO eingeschränkte Parkfläche, wieder zu erweitern. Das Gebäude der ehemaligen Gasanstalt befindet sich in einem schlechten Zustand. Teilweise befindet es sich noch auf dem Grundstück der Wohnungsbaugesellschaft.

Herr Westerkamp sagt, dass die Wohnungsbaugesellschaft schon mal eine andere Nutzung des Gebäudes ins Auge gefasst hatte. Das wurde aber wegen der Kontamination durch das ehemalige Gaswerk abgelehnt. Es ist kaum eine andere Nutzung als Parkplatz möglich. Es gäbe sogar die Möglichkeit eines Flächentausches, weil die Wohnungsbaugesellschaft eine Zipfel städtischen Bodens nutzt.

Der Abriss kann nur erfolgen, wenn die Wohnungsbaugesellschaft ihren Teil auch abreißt. Die Kosten stehen noch nicht fest.

Der Finanzausschuss stimmt auch diesem Vorhaben zu.

zu 8 Schließen der Sitzung

Herr Westerkamp bedankt sich bei den Anwesenden und beendet die Sitzung.

Westerkamp

Guth

Ausschussvorsitzende/r

Protokollführer/in